

Fällen nahmen die Witwen die Gelder an sich und gingen mitsamt der Kinder zu ihren Eltern zurück. Somit entziehen sie den Eltern der Gefallenen die Versorgung, die sie unter normalen Umständen von ihren Söhnen erwarten konnten.

In den Northern Areas ist es Witwen, entgegen den orthodoxen Religionsauslegungen im Tiefland, traditionell nicht verboten, erneut zu heiraten. Doch die Märtyrerwitwen tun dies nicht aus Furcht, dann die Witwenpensionen zu verlieren. Zudem sind sie mit ihrem neuen Reichtum in ihrem eigenen Elternhaus hoch willkommen. Der korrumpierende Einfluß dieser enormen Geldzahlungen kam im Vorfeld der jüngsten 'Haj'-Pilgerfahrten nach Mekka zu einem Höhepunkt. Den Witwen wurde eine kostenlose 'Haj'-Pilgerreise versprochen, die sie der Tradition entsprechend aber nur in Begleitung eines männlichen Verwandten des Ehemannes

antreten durften. In der Praxis wurden jedoch vielfach eigene Brüder und Verwandte mit falschen Dokumenten auf die Reise genommen. Alleine im Ghizer Distrikt wurden dutzende solcher Fälle aufgedeckt, doch oftmals gelang es mit einer Bakschisch-Zahlung doch den gewünschten Reisepartner mitzunehmen, wird ein Beamter im Hauptort Gahkuch zitiert.

Doch die Nachwirkungen des Kargilkrieges und der Entschädigung der Gefallenen sind noch nicht abgeschlossen. Der damalige Premierminister Nawaz Sharif sagte den betroffenen Familien zusätzlich die kostenlose Bereitstellung von Wohnhäusern zu. Die derzeitige Militärregierung hat diesen Erlass wieder rückgängig gemacht und statt dessen ein Baugrundstück und 200.000 Rupien Bargeld zugesagt. Doch auch diese Versprechungen wurden noch nicht realisiert und die Betroffenen werden wohl noch

länger warten müssen, bis entsprechende Baugrundstücke bereitgestellt werden.

Den insgesamt mehreren tausend Kindern der Gefallenen wurde im vergangenen Jahr auch die kostenlose Ausbildung in den weiterführenden Schulen der NLI zugesagt. Doch mittlerweile wurden die ersten Fälle bekannt, in denen den einigen Absolventen der Grundschulen die Zulassung zu den Armeeschulen verweigert wurden.

"Die Märtyrer sind gefallen, aber das Leben geht hier mit all seiner Einfachheit, Härte und Täuschung weiter." sagt Nawaz Khan Naji, Geschäftsführer der nationalistischen 'Balawaristan National Front' (BNF). "Man kann nur hoffen, daß die Leben dieser Kinder von unseren Herrschern nicht ebenso willfährig behandelt werden wie jene der Märtyrer."

(Übersetzung und Bearbeitung: Jürgen Clemens)

Die Einwohner der 'Northern Areas'

Bürger Zweiter Klasse!?

von M. Ilyas Khan

"Letztlich ist das Recht in den 'Northern Areas' einzig repressiv und dient nicht dazu, notwendige Reformen einzuleiten. So werden die Strafverfahren gegen die Teilnehmer einer Demonstration in Hunza während der letztjährigen Kargil-Krise nur dann aufgenommen, wenn die betroffene Person vermeintlich politische Probleme für die Regierung aufwirft", klagt der Anwalt S.M. Agha, der zugleich Präsident der 'Balawaristan National Front' (BNF) ist. Er zitiert das Beispiel des Herausgebers einer Regionalzeitung, gegen den ein Verfahren aus dem Jahr 1997 erst aufgenommen worden war, nachdem seine Zeitung über Korruptionsfälle in der Armee berichtet hatte.

Obwohl die heutigen 'Northern Areas' ihre Befreiung von der kaschmirischen Herrschaft ohne auswärtige Hilfe erlangt hatten, ist ihr Status heute miserabler als der der beiden umstrittenen Teile Kaschmirs (Anm. der Red.: gemeint sind das von Pakistan kontrollierte 'Azad Jammu and Kashmir' sowie der indische Unionsstaat 'Jammu and Kashmir'). "Noch bis 1984 ließen die pakistanischen Herrscher die Bürger im

Norden im Glauben, sie seien pakistanische Staatsbürger, nun bestreiten sie dies vehement", klagt der pensionierte Major Hussain Shah, Präsident der 'Mutahidda Qaumi Party' (MQP). Er kritisiert damit eine Stellungnahme des amtierenden Bundesministers für 'Kashmir and Northern Areas Affairs', Abas Sarfraz, wonach die Resolution des UN Sicherheitsrates von 1948 den 'Northern Areas' keinen Verfassungsstatus innerhalb Pakistans einräumt.

Nach dem Anschluß des Maharajas von Kaschmir an die Indische Union erhielt dieses Territorium einen Sonderstatus innerhalb der indischen Verfassung. Auch Pakistan übertrug dem neuen 'Azad Kashmir' einen Sonderstatus mit einer eigenständigen inneren Struktur, d.h. mit Parlament, Präsident, Premierminister und Justiz. Die 'Northern Areas' gingen jedoch leer aus.

Aus der heutigen Sicht war es ein Fehler, daß die damalige Übergangsregierung in Gilgit den Anschluß an Pakistan nicht mit einem formellen Vertrag abgesichert hatte. Die pakistanische Regierung fügte die Nordgebiete nicht in den neuen Staat ein, da sie das propa-

kistanische Votum der dortigen Bevölkerung als sichere Bank im Falle des von der UN vorgesehenen Referendums in Kaschmir betrachtete. Zudem schlossen sie dieses Territorium nicht in jenes von Azad Kaschmir ein, um in dieser geostrategisch bedeutenden Grenzregion eigene Interessen besser geltend machen zu können.

Somit verblieben die Nordgebiete seit November 1947 unter direkter Verwaltung der pakistanischen Bundesregierung und Bürokratie. Zwischenzeitlich hatten die Menschen dort zwar die Geduld nach den wiederholt gebrochenen politischen Versprechungen verloren, wobei es wie 1971, 1988 und 1997 zu politischen Protesten kam. Alle Regierungen hatten versprochen, den politischen Schwebezustand aufzulösen, doch bislang hat sich nichts verbessert. Weder der Versuch, 1988 die Zuständigkeit des 'Frontier High Court' auf die 'Northern Areas' auszuweiten, noch der Plan der Übergangsregierung von Moeen Qureshi, den Nordgebieten einen Provinzstatus zu verleihen - mit einer gewählten Vertretung sowie einem Kabinettsmitglied und einem Gouverneur, wurden re-

alisiert. Durch die nachfolgende Bhutto-Regierung wurde einzig der zuständige Bundesminister für 'Kashmir and Northern Areas Affairs' zum Bevollmächtigten ('Chief Executive') der 'Northern Areas' ernannt. Nach diesem, bis heute gültigen System kann der Regionalrat ('Northern Areas Council') zwar seinen Sprecher und mehrere Berater mit Ministerfunktionen bestimmen, doch verbleiben Haushalt, Verwaltung und Justiz unter der Kontrolle des Bundesministers in Islamabad und des von ihm eingesetzten Generalsekretärs ('Chief Secretary').

Zusätzlich spiele die staatliche Verwaltung die lokale Bevölkerung und deren Interessenvertreter durch ein wechselndes politisches Patronagesystem gegenseitig aus. Dabei werde auch bewußt die religiöse und ethno-linguistische Vielfalt der Region genutzt und insbesondere der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten geschürt, berichtet der BNF-Geschäftsführer Nawaz Khan Naji. Hinzu kämen Klagen über Korruption und Günstlingswirtschaft innerhalb der Regionalverwaltung, weiß der 'Jamaat-e-Islami'-Politiker und Vorsitzende der regionalen Anwaltskammer, Sher Wali, zu berichten: "Sobald ein Bürokrat das Pensionalter erreicht, wird er als 'Chief Se-

cretary' in die 'Northern Areas' versetzt, um hier noch rasch zu Geld zu kommen. Dies ist ein lukrativer Posten, wegen des Grenzschnitts mit China sowie dem verbotenen Handel mit Greifvögeln und Edelsteinen. Zudem ist das Budget wegen der mangelnden Rechnungslegung offen für Eingriffe zum eigenen Nutzen."

Doch im März 1999 erteilte das höchste Gericht Pakistans der Regierung den Auftrag, innerhalb von sechs Monaten sowohl die legislativen als auch die exekutiven Rechte des 'Northern Areas Councils' zu erweitern. Dies hätte erstmals die Errichtung einer unabhängigen Justiz ermöglicht, einschließlich des Rechts, auch schriftliche Petitionen einzureichen, dies ist in den 'Northern Areas' bislang nicht möglich. Zwar hat das Justizministerium in Islamabad schon entsprechende Reformpläne ausgearbeitet, doch wird auf höherer Ebene weiterhin die Überarbeitung der LFO, und somit das Festhalten am alten System vorgezogen.

Ein Ergebnis ist, daß der im November 1999 neugewählte Regionalrat zu seiner konstituierenden Sitzung, entgegen der LFO von 1994, erst nach mehr als einem halben Jahr zusammentrat. Laut Sher Wali bedauern sowohl die

Einwohner als auch die Kandidaten, sich an dieser Wahl beteiligt zu haben, da dies nicht wirklich Sinn mache. "Wir dachten, daß unsere Opfer in Kargil die Politiker in Islamabad davon überzeugen würden, uns unsere Rechte zu übertragen, doch sie halten uns weiter gefesselt" beklagt Hussain Shah (MQP). Er warnt zugleich, daß sich die Situation in Gilgit ähnlich entwickeln könne wie im indischen Teil Kaschmirs, wenn sich nichts verbessere. Nawaz Khan Naji (BNF) stimmt ihm zu und erklärt, daß jedermann auf der Straße die pakistanischen Exzesse gegen die 'Northern Areas' beklagt. "Die Eisen sind heiß und niemand kann vorhersehen was passiert, wenn der Hammer fällt."

Das Establishment in Islamabad bleibt davon aber bislang unberührt. Ein hochrangiger Regierungsbeamter in Gilgit faßt dies wie folgt zusammen: "Die Bewohner der 'Northern Areas' haben die Inder auf eigene Initiative hinausgeworfen, China wird seine guten Beziehungen zu Pakistan nicht riskieren, Zentralasien ist zu weit entfernt und zu schwach, um hier Einfluß auszuüben. Also haben sie keine andere Wahl, als bei Pakistan zu bleiben."

(Übersetzung: Jürgen Clemens)

Dorfräte in den 'Northern Areas'

Zeichen der politischen Dezentralisierung oder ein Schritt zur Entpolitisierung der Nordgebiete?

von Jürgen Clemens

Erst mehr als ein halbes Jahr nach den Wahlen zum 'Northern Areas Legislative Council' (NALC) (vgl. auch 'Südasiens', 7-8/99) fand die konstituierende Sitzung dieser für die Bevölkerung der pakistanischen Nordgebiete höchsten repräsentativen Vertretung statt. Politische Kreise in Gilgit bezweifeln deshalb die proklamierten Absichten der Militärregierung in Islamabad, die politische Macht tatsächlich nach und nach dezentralisieren zu wollen. Nach dem speziellen Recht für die 'Northern Areas' und für das NALC, der vom Bundesministerium für Fragen Azad Kashmirs und der 'Northern Areas' in Islamabad verfügten 'Legal Framework Order' (LFO), muß die konstituierende Sitzung vielmehr samt den erforderlichen Wahlen des Sprechers und der "Berater", 'Advisor' mit Funktion von Ministern, binnen drei

Monaten nach der Wahl abgeschlossen sein.

Doch seit der Machtübernahme der Militärs in Islamabad verrottet das politische System in den 'Northern Areas' trotz der Wahlen im November zusehends, und die Regierung in Islamabad verletzt nicht nur den Willen der dortigen Bevölkerung, sondern auch ein Dekret des Höchsten Gerichtes ('Supreme Court'). Noch im Juli 1999 wurde die Sharif-Regierung durch den höchstgerichtlichen Spruch aufgefordert, dem Rat der 'Northern Areas' originäre Regierungsverantwortung zu übertragen und der Bevölkerung ihre fundamentalen Bürgerrechte zuzuerkennen. Im Einklang mit diesem Rechtsspruch hat die zuständige Abteilung des Bundesministeriums am 7. Dezember 1999 einen Erlaß vorgelegt, wonach der Rat der 'Northern

Areas' legislative, exekutive und vor allem fiskalische Rechte und Verantwortungen übertragen bekommen sollte. Doch weiterhin genießt der von der Bundesregierung in Islamabad eingesetzte 'Chief Secretary' eine nahezu absolute Verfügungsgewalt und kontrolliert vor allem die Personalpolitik sowie den Haushalt in der Gebirgsregion. Laut Monatszeitschrift 'Herald' hat der Minister Abbas Sarfraz gegenüber gewählten Ratsmitgliedern erklärt, daß sie die Verfügungsgewalt über die Entwicklungshelfer für die Region "vergessen sollten".

So wurde im Frühjahr diesen Jahres ein neues Verwaltungssystem auf Dorfebene eingeführt. Parallel zu den im November gewählten Räten auf Unions- (i.d.R. ein Zusammenschluß mehrerer Dörfer) und Distriktebene wurden in